

Vielen Dank Herr Kreistagsvorsitzender,
liebe Landrätin,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

die Kämmerin hat zu Beginn dieser Haushaltsdiskussion sehr klar gesagt, worum es aktuell gehen muss: um Konsolidierung, nicht um Ausweitung. Raum für zusätzliche Ausgaben gibt es nicht.

Der Haushalt ist an vielen Stellen bereits auf das Nötigste reduziert, und dennoch gelingt uns nur noch ein fiktiver Ausgleich. Wenn sich nichts ändert, wird unsere Rücklage bald aufgebraucht sein.

Umso mehr fragt man sich nach dieser Haushaltsdiskussion: Wo bitte waren die anderen Fraktionen bei diesen Gesprächen – oder mit welcher anderen Kämmerin haben sie gesprochen?

Denn was dann insbesondere aus der CDU-Fraktion kam, waren zusätzliche Ausgaben, neue Zahlungen und Wünsche – ohne jede Gegenfinanzierung.

Bei politischen Mitbewerbern, die traditionell stärker auf Ausgaben setzen, kann man das zumindest als klare politische Linie akzeptieren. Wir als FDP/CDW sehen das anders, aber unterschiedliche Auffassungen gehören zur Demokratie.

Kein Verständnis habe ich allerdings, wenn man zusätzliche Ausgaben fordert und gleichzeitig Lippenbekenntnisse zur Haushaltsdisziplin abgibt. Das passt schlicht nicht zusammen.

Man bekommt fast den Eindruck, als habe sich die Erkenntnis durchgesetzt: Einen wirklich tragfähigen Haushalt bekommen wir ohnehin nicht mehr hin – also verteilen wir noch ein paar Wohltaten und überlassen die eigentliche Konsolidierung später einem Sparkommissar in der Haushaltssicherung.

Das fühlt sich ein bisschen an wie ein Flugzeug im Sinkflug, bei dem man nicht darüber spricht, wie man die Maschine stabilisiert, sondern erst noch einmal Getränke an alle Passagiere verteilt. Unser Anspruch als FDP/CDW ist das nicht.

Dabei kommt noch etwas hinzu: Die Kommunen, die mit zusätzlichen Mitteln bedacht werden sollen, haben diese Getränke gar nicht bestellt. Im Gegenteil – die Kämmerer, mit denen ich gesprochen habe, hätten das Geld am liebsten einfach behalten. Denn am Ende zahlen die Kommunen dieses Geld über die Kreisumlage selbst.

Besonders deutlich wird die mangelnde Seriosität beim Vorschlag, das Ganze über eine pauschale Kürzung von zwei Prozent im Stellenplan zu finanzieren.

Das ist keine Gegenfinanzierung. Eine pauschale Kürzung kann weder gezielt umgesetzt noch erzwungen werden. Sie hängt letztlich vom Zufall ab – davon, wo jemand kündigt oder in den Ruhestand geht.

Oder soll künftig die Auszubildende zur Verwaltungswirtin etwa die Aufgaben des pensionierten Amtsveterinärs übernehmen?

Dass dieser Vorschlag der CDU nicht wirklich ernst gemeint ist, zeigt sich auch daran, dass der Verwaltung völlig freie Hand gelassen würde, wo sie kürzt. Uns als FDP/CDW ist es aber nicht egal, wo gespart wird. In Bereichen wie Sicherheit und Ordnung, Bildung, Bürgerservice oder im Vollzug von Ausländerangelegenheiten kann man nicht einfach pauschal kürzen und hoffen, dass es schon irgendwie passt. Und genau das könnte passieren, wenn man die Verwaltung so strikt verpflichtet.

Vor allem aber gilt ein ganz einfacher Grundsatz:

Man macht den zweiten Schritt nicht vor dem ersten. Es ist **keine** Option, sichere Ausgaben zu beschließen und auf Einsparungen nur zu **hoffen**. Wer Ausgaben mit Einsparungen kompensieren will, muss zuerst zeigen, dass diese Einsparungen tatsächlich funktionieren – und erst **danach** über zusätzliche Ausgaben sprechen.

Es macht deshalb überhaupt keinen Unterschied, dass dieser Antrag nicht angenommen wurde, der Haushalt würde damit nicht solider.

Ja, auch wir haben einzelne Anträge zur Stärkung der Jugendfeuerwehren und für zusätzliche Baumpflanzungen gestellt, die Ihr abgelehnt habt – die waren jedoch vollständig gegenfinanziert!

Selbst der Teilantrag zu Einsparungen bei Stellen wurde abgelehnt. Wenn Haushaltsdisziplin wirklich so wichtig wäre – warum lehnt man dann diese auf dem Silberteller angebotene Einsparung ab? Das macht sehr deutlich: Es geht hier nicht um echte Einsparungen, sondern vor allem um politische Symbolik.

Für keine Sekunde denkt man daran, dass das auch tatsächlich umgesetzt werden soll. Man verteilt Wohltaten ohne Rücksicht auf Verluste – das Wort „Verluste“ ist hier bewusst gewählt – und würde nach einer Kommunalwahl mit einem möglicherweise neuen Landrat anders handeln: Vorher viel versprechen, dann an nichts erinnern, das Gegenteil tun und alles mit Schulden zukleistern. Das kennen wir ja bereits als Modell Friedrich Merz.

Bis dahin will man sich entweder für die nicht solide finanzierten Segnungen feiern und gleichzeitig betonen, dass man diesem Haushalt ja nie zugestimmt habe oder aber anderen ankreiden, dass es keinen Haushalt gibt. Das funktioniert nicht, die Verantwortung für die

Ausgaben und das Defizit haben diejenigen, die solche **sicheren** Ausgaben beschließen und **keine, nur vage oder ungewisse** Vorschläge machen, woher die Mittel kommen sollen. Sicher nicht dafür verantwortlich sind die Verwaltung, die Kämmerin oder die Landrätin. Wenn man solche Anträge umsetzen will, muss man dafür eben Mehrheiten organisieren und kann nicht einfach nein sagen.

Apropos Mehrheit: Wenn man sich nun anschaut, welche Anträge gemeinsam oder durch Enthaltungen getragen werden, dann drängt sich ein Eindruck auf: Hier im Landkreis haben wir längst **schwarz-rot**. Nur offiziell aussprechen möchte man das offenbar noch nicht – vermutlich, weil gerade Kommunalwahlkampf ist.

Dabei sollte uns ohne Haushalt bewusst sein: Kommunen und Landkreise sind das Gesicht des Staates gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern. Hier erleben Menschen ganz konkret, ob Staat und Politik funktionieren.

Ein Haushalt ist deshalb keine Nebensache. Wenn wir keinen Haushalt beschließen, lassen wir Kommunen, Vereine und Bürgerinnen und Bürger in Unsicherheit zurück, für den einen oder anderen Verband ist das existenzgefährdend.

Wir müssen feststellen: Einige hier im Haus nehmen offenbar in Kauf, dass dieser Landkreis ohne Haushalt dasteht – möglicherweise aus wahltaktischen Gründen.

Das halten wir für falsch. Denn ein Landkreis ohne Haushalt würde Kommunen, Vereine und freiwillige Angebote massiv treffen. Das würde vor allem die politischen Ränder stärken – weil Politik dann wieder einmal den Eindruck erweckt, dass sie ihre eigenen Probleme nicht lösen kann.

Wir sind deswegen intensiv und zähneknirschend alle problematischen Positionen durchgegangen.

Viele eingearbeitete Beschlüsse sind politisch falsch und für die zukünftige Entwicklung problematisch. Kurzfristig richten sie jedoch weniger Schaden an als ein Haushalt ohne Beschluss. Teilweise würde eine Verzögerung sogar höhere Kosten verursachen, als durch eine spätere Streichung eingespart werden könnte.

Andere Auswirkungen können wir mit den genannten Sperrvermerken auffangen oder sie zeigen sich ohnehin erst in der mittelfristigen Haushaltsplanung – etwa weil die Dynamisierung der Mittel für die Varusschlacht erst 2027 greifen würde oder weil bei der

Radwegeinitiative gar keine Mittel hinterlegt sind. In solchen Fällen beschließen wir heute faktisch nur ein politisches Bekenntnis.

Auch wenn in diesem Haushalt vieles falsch und langfristig problematisch ist, überwiegt der kurzfristige Schaden einer Ablehnung den langfristigen Nutzen, denn mittel- und langfristig kann noch eingegriffen werden, kurzfristig nicht.

Als Liberale glauben wir daran, dass Politik Probleme lösen kann. Wir sind zuversichtlich, dass nach der Kommunalwahl 2026 Vernunft einkehrt und für den Kreistag wieder die Sacharbeit im Vordergrund steht. Der Haushalt 2027 kann und muss dann viele falsche Weichenstellungen des vorliegenden Haushaltes korrigieren. Dafür werden wir uns einsetzen.

Der vorliegende Kreishaushalt ist in dieser Form schlecht, aber keinen Haushalt zu haben wäre noch schlechter.

Deshalb müssen **wir** heute eine Verantwortung übernehmen, die andere offenbar nicht übernehmen wollen. Wir stimmen als FDP/CDW diesem Haushalt – trotz aller inhaltlichen Bedenken – aus Verantwortung gegenüber den Menschen im Landkreis Osnabrück zu.

Dabei verstehen wir diesen Haushalt ausdrücklich als **Übergangslösung**. Die eigentliche Arbeit beginnt mit der Aufstellung des Haushaltes 2027.